



Pressemitteilung

14.5.2013

Es ist Zeit für eine systematische sozial- und umweltgerechte Beschaffungspolitik in der „fairen Stadt“ Hamburg

Nach der Katastrophe in Bangladesch fordert der Zukunftsrat Hamburg von der Bürgerschaft ein Bekenntnis und eine Initiative zu einer planvollen langfristigen Nachhaltigkeitsstrategie für Einkäufe und Aufträge der Behörden und öffentlichen Unternehmen Hamburgs. Konkrete Vorschläge hierfür liegen seit langem, spätestens seit Erscheinen des Buches „Zukunftsfähiges Hamburg“, auf dem Tisch.

Am 15. und 16. Mai hat die Bürgerschaft über einen Antrag der Grünen-Fraktion zu entscheiden, der Konzepte für ein nachhaltiges Beschaffungswesen in Hamburg fordert. Im Haushaltsausschuss hatten SPD, CDU und FDP den Antrag noch abgelehnt – vor der Katastrophe in Bangladesch. Nun ist das Plenum gefragt.

Nicht erst seit dem Tod von über 1000 Arbeiterinnen und Arbeitern, die unter menschenverachtenden Verhältnissen Textilien für den Export zusammennähten, hat sich unsere Konsumwelt verändert. Klar ist: Es darf nicht so weitergehen. Alle deutschen Importeure und Käufer müssen ihrer Mitverantwortung gerecht werden und alles tun, damit sie mit ihrer Priorität für preisgünstige Ware nicht mitschuldig werden an einem menschenunwürdigen Schicksal derer, die sie herstellen - und auch nicht mitschuldig werden an Umweltkatastrophen wie z. B. dem Kolontár-Dammbruch 2010 in Ungarn mit der Rotschlamm-Überschwemmung aus der Aluminiumproduktion für den Export.

§ 3 a des Hamburgischen Vergabegesetzes verpflichtet die Verwaltung, sich bei der Vergabe von Liefer- und Leistungsaufträgen durch Zertifikate bestätigen zu lassen, dass bei der Herstellung die Kern-Normen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) eingehalten werden. Dies bezieht sich bislang aber nur auf risikobehaftete Waren und Warengruppen, die die Finanzbehörde auf einer Liste führt. § 3 b des Vergabegesetzes fordert von den Vergabestellen, negative Umweltauswirkungen zu vermeiden, „soweit es wirtschaftlich vertretbar ist“. Eine konsequente Einkaufspolitik, die beispielsweise bei der Beschaffung von IT-Technologie oder Dienstkleidung greifen könnte, ist das nicht: Die bisherigen Ansätze reichen für eine systematisch nachhaltige Beschaffung nicht aus.

Gefordert sind heute vor allem ein Frühwarnsystem zur Ermittlung nicht nachhaltiger Produktionen für hiesige Verbraucher, zuverlässige Kontrollen und eine nachvollziehbare Dokumentation der Beschaffung. Hamburg mit seiner starken Marktmacht als Käufer und Auftraggeber muss Vorreiter sein für ein neues Konsumbewusstsein, das Lehren zieht aus den Katastrophen von Bangladesch, Ungarn und anderswo. Die Hamburger Vergabeverwaltung ist jedoch überfordert, die internationalen Produktionsbedingungen und Lieferketten selbst zu überschauen und effektiv kontrollieren zu lassen.

Der von der Grünen-Fraktion geforderte Runde Tisch und das Konzept zur Vernetzung von Beschaffungsstellen mit Wissenschaft, Wirtschaft, Nutzern und Nichtregierungsorganisationen könnten hier helfen. Die Hamburger Vergabepolitik muss sich öffnen für (externe) Expertise, wie sie in einer Reihe von Hamburger Unternehmen wie Tchibo, Otto, Budnikowsky oder Unilever seit längerem vorhanden sind. Daneben können auch NGOs wie die clean clothes campaign (Kampagne für Saubere Kleidung) die beschränkte Personalausstattung der Vergabeverwaltungen ergänzen. Nachhaltigkeitsberichte der Behörden und öffentlichen Unternehmen nach dem Deutschen Nachhaltigkeitsindex oder der Global Reporting Initiative würden die Ernsthaftigkeit der Nachhaltigkeitsbemühungen der „fair trade Stadt Hamburg“ dokumentieren. Die Hamburger Stadtreinigung hat hier schon einen guten Anfang gemacht.

Nach dem Tod der Näherinnen in Bangladesch hat auch die Bürgerschaft eine gesteigerte Verantwortung für eine systematische sozial- und umweltgerechte Vergabepolitik der Stadt. **Die Studie des Wuppertal Instituts „Zukunftsfähiges Hamburg- Zeit zum Handeln“ (Herausgeber: Zukunftsrat Hamburg, BUND Landesverband und Diakonie Hamburg) machte bereits 2010 konkrete Vorschläge für ein nachhaltiges Beschaffungswesen der Hansestadt.**

„Es ist absolut nicht nachvollziehbar, weshalb diese Anregungen, die auf Erfahrungen in anderen Kommunen basieren, in Hamburg nicht funktionieren sollten“, so Zukunftsratssprecherin Delia Schindler mit Blick auf die anstehende erneute Titelvergabe an Hamburg als „fair trade Stadt“.

Kontakt: Zukunftsrat Hamburg, Dr. Delia Schindler, Sprecherin Zukunftsrat Hamburg.
Telefon mobil: 0176 64150223
Email: schindler@zukunftsrat.de